



Tatjana Baraulina, Lena Friedrich

## Ressourcenorientierte Integrationspolitik in den Kommunen

**Charakteristisch für die gegenwärtige Integrationsarbeit in den Kommunen ist ein Wechsel von einem defizit- zu einem ressourcenorientierten Ansatz. Gemeint sind dabei zwei wesentliche Veränderungen: Zum einen hat sich in den Kommunen ein Wandel des integrationspolitischen Grundverständnisses vollzogen. Zuwanderer werden heute als aktive Mitglieder der Gesellschaft betrachtet. Zum anderen vollzieht sich in den Kommunen ein Wandel der sozialpolitischen Integrationsinstrumente von kompensatorischen Maßnahmen hin zu aktivierenden Integrationsangeboten. Der Aufsatz präsentiert an Beispielen der Integrationsprojekte in den Handlungsfeldern Sprachförderung und sozialräumliche Integration wesentliche Merkmale der aktivierenden Integrationsangebote auf kommunaler Ebene.**

### Integration der Zuwanderer als kommunale Aufgabe

In letzter Zeit haben integrationspolitische Fragen in den Kommunen erheblich an Bedeutung gewonnen. Während in den goldenen Jahren des deutschen Wohlfahrtsstaates sozial problematische Folgen der Marktprozesse von umfassenden Inklusionsmaßnahmen korrigiert wurden, plädiert der Wohlfahrtsstaat heute dafür, dass vor allem die Betroffenen selbst für ihr eigenes Wohlergehen sorgen. Kommunen treffen auf Folgeprobleme dieses geschrumpften Zuständigkeitsanspruchs des deutschen Wohlfahrtsstaates.

Insbesondere in Fragen der Zuwandererintegration hatte man während der letzten Jahre eine ‚sukzessive Kommunalisierung des Zuwanderungsproblems‘ beobachtet (Bommes 1996). Zuwanderer stellen vor allem in den Bereichen der sozialen Fürsorge sowie der lokalen Arbeits- und Wohnvermittlung eine Belastung für die Kommunen dar. Außerdem wurden soziale Probleme registriert, von welchen Zuwanderer und ihre Kinder häufig betroffen waren: etwa Jugendkriminalität, Versagen im Bildungssystem, Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum u.a. Trotz der verschärften Wahrnehmung der Integrationsprobleme kamen viele Kommunen zur Einsicht, dass Zuwanderung aus längerfristiger Sicht nicht nur eine Belastung, sondern auch ein Potenzial darstellt. Die Schrumpfung einiger Städte war bereits in den 1980er Jahren Realität und konnte nur noch durch Zuwanderung aufgehalten werden. Außerdem zeigten Bevölkerungsstatistiken, dass in naher Zukunft die zugewanderte

Einwohnerschaft (Kinder von Zuwanderern eingeschlossen) durchschnittlich auf etwa ein Viertel, in einigen Städten sogar auf ein Drittel der städtischen Gesamtbevölkerung ansteigen wird. Heute können Kommunen also kaum davon ausgehen, dass Zuwanderung und die mit ihr verbundenen Herausforderungen ein vorübergehendes Phänomen darstellen.

Bereits während der 1990er Jahre agierten Kommunen als politische Akteure, welche eine umfassende Strategie zur Integration der Zuwanderer forderten (Baraulina 2007). Mit dem Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, das im Jahre 2005 in Kraft trat, hat der Bund die Erarbeitung einer solchen Strategie zu seinem integrationspolitischen Ziel gesetzt. In diesem Rahmen übernahm der Bund auch einige Integrationsaufgaben, wie etwa die grundlegende Sprachförderung der Zuwanderer oder die Finanzierung ausgewählter Integrationsprojekte. Die Anerkennung des Politikfeldes Integration „auf höchster Ebene“ war für viele Kommunen der schlussendliche Anlass dazu, ein eigenes Integrationsverständnis zu erarbeiten.

Integrationspolitik in den deutschen Kommunen ist heute unterschiedlich weit vorangeschritten. Vorreiterstädte, wie etwa Stuttgart und Frankfurt am Main, haben bereits in den 1990er Jahren sowohl organisatorisch als auch konzeptionell ein kommunales Politikfeld Integration etabliert. Viele Städte schließen sich diesem Vorbild heute an. Dennoch gibt es in Deutschland viele Kommunen, die noch kein umfassendes Integrationskonzept entwickelt haben. Beispielsweise findet man bei den offiziellen Internetdarstellungen der Städte Lübeck, Weimar, Flensburg oder Trier keine Hinweise auf ein eigenständiges integrationspolitisches Programm. In anderen Städten, wie etwa in Braunschweig, befindet sich ein kommunales Integrationskonzept derzeit in Vorbereitung. Auch in ihrer Organisationsgestaltung haben sich Kommunen dem Thema ‚Integration‘ unterschiedlich angenommen. In einigen Kommunen bleiben Integrationsfragen vorrangig im Verantwortungsbereich der ursprünglich für die Kontroll- und Ordnungsaufgaben eingerichteten Ausländerämter. Andere Städte haben dagegen Fachstellen für Zuwanderung und Integration eingerichtet, die im Rahmen von sogenannten Querschnittsaufgaben (ähnlich wie im Falle der Frauenpolitik) Integrationsarbeit verschiedener Akteure koordinieren sollen.

Eine ähnliche Vielfalt findet man, wenn man kommunale Integrationsangebote analysiert. Bei einer Durchsicht der Integrationsmaßnahmen verschiedener Städte trifft man auf Integrationsprojekte, die sich hinsichtlich der Zielsetzungen



und Zielgruppen, Arbeitsinstrumentarien und Akteure teilweise deutlich voneinander unterscheiden. Eine systematische Analyse der kommunalen Integrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland hat bis heute noch nicht stattgefunden. Dieser Aufsatz wird deshalb, anhand einzelner Beispiele, die zentralen Charakteristika der kommunalen Integrationsangebote aufzeigen. Dabei stehen die Angebote im Zentrum der Analyse, denen ein ressourcenorientierter Integrationsansatz zugrunde liegt.

## Potenzial- statt Defizitansatz: zwei Sichtweisen auf die Integration

Kommunen, die ein ausdifferenziertes politisches Integrationskonzept entwickelt haben, definieren ihre Aufgabe ähnlich. Kommunale Maßnahmen „sollen den Zuwanderinnen und Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ermöglichen“ (Integrationsbericht Hochsauerlandkreis 2006). Ziel der kommunalen Integrationspolitik ist somit vor allem Chancengleichheit herzustellen. Dieses Ziel ist jedoch nicht nur für die heutige Integrationspolitik charakteristisch. Chancengleichheit gehört traditionell zu den zentralen Begriffen des deutschen Wohlfahrtsstaates und ist deshalb der programmatische Kern vieler sozialpolitischer Konzepte. Sozialpolitische Maßnahmen hatten auch in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren, wenn auch oft unbewusst, eine Gleichberechtigung der Zuwanderer angestrebt (Bade 1990). Kommunale Integrationsmaßnahmen zeichnen sich heute allerdings dadurch aus, dass sich die meisten von ihnen dem ressourcenorientierten Integrationsansatz verpflichtet haben. Auch der Bund fördert vorrangig die Projekte auf kommunaler Ebene, die auf einem ressourcenorientierten Konzept basieren.

Ein ressourcenorientierter Integrationsansatz setzt voraus, dass „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht in erster Linie ihre Defizite mit in die Stadt bringen, sondern vor allem ihr Potenzial, Gestaltungswillen, neue Ideen, besondere Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie kulturelle Traditionen“ (Integrationsbericht der Stadt Heilbronn 2007). Der ressourcenorientierte Integrationsansatz entdeckt nicht nur das Potenzial der Zuwanderer für die Stadtgesellschaft, sondern will es für den Integrationsprozess selbst nützlich machen. Zuwanderer sollen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten für das Integrationsziel einsetzen: „Entscheidend ist der partizipative Handlungsansatz, d.h. möglichst früh Ressourcen und Potenziale der Neuzuwanderer zu mobilisieren und deren Fähigkeiten zu unterstützen, sich Perspektiven zu erarbeiten und die eigene Zukunft zu gestalten“ (Integrationskonzept der Stadt Aachen 2006). Unter dem Schlagwort ‚Förderung des bürgerschaftlichen Engagements‘ planen Kommunen, im Dialog mit Zuwanderern die Selbstintegrationskräfte dieser Bevölkerungsgruppe zu stärken.

Der ressourcenorientierte Integrationsansatz setzt sich vom Defizitansatz ab. Der Defizitansatz betrachtet Zuwanderer als eine problematische soziale Gruppe, die es zu integrieren gilt.

Dabei verliert er aus den Augen, dass die Partizipationschancen der Zuwanderer nicht allein von ihren eigenen Integrationsanstrengungen, sondern auch von „institutionellen Hindernissen“ – gesellschaftlichen Vorurteilen, sozialen Zuschreibungsprozessen, institutionellen Zugangsbarrieren und Diskriminierung – bestimmt werden. Die Maßnahmen des Defizitansatzes machen Zuwanderer nicht fit für eine wirtschaftliche und soziale Partizipation, so die allgemeine Kritik, sondern mildern lediglich ihren Ausschluss aus der Gesellschaft ab. Besonders wenn heute Selbstwertgefühl, individuelle Initiative und Eigenverantwortlichkeit den gesellschaftlichen Erfolg garantieren, wird „eine nur defizitorientierte oder gar abwehrende Ausländerpolitik den gegenwärtigen und zukünftigen Integrationsaufgaben nicht gerecht“ (Integrationskonzept der Stadt Erfurt 2006).

Ein Übergang vom Defizit- zum Potenzialansatz betrifft im Grunde zwei Aspekte der kommunalen Integrationsarbeit. Zum einen hat sich in den Kommunen ein Wandel des integrationspolitischen Paradigmas vollzogen. Zuwanderer werden heute als aktive Mitglieder der Gesellschaft und als wichtige Mitgestalter der kommunalen Integrationsarbeit betrachtet. Zum anderen kann in den Kommunen ein Wandel der sozialpolitischen Integrationsinstrumente weg von kompensatorischen Maßnahmen, hin zu aktivierenden Integrationsangeboten beobachtet werden.

Unter kompensatorischen Maßnahmen werden vor allem Maßnahmen subsumiert, die hauptsächlich auf den Ausgleich der Zuwandererdefizite gerichtet sind. Integrationsmaßnahmen sind dagegen dann als aktivierend zu verstehen, wenn sie darauf gerichtet sind, Zuwanderer in ihren Partizipationsbemühungen zu unterstützen. Gemeint sind vor allem Angebote, welche formelle und informelle Herkunftsqualifikationen der Zuwanderer, wie etwa Sprache oder berufliche Kenntnisse, so unterstützen, dass sie auch im Aufnahmekontext Anwendung finden, sei es in Form von bürgerschaftlichem Engagement oder der beruflichen Profilierung auf dem Arbeitsmarkt.

## Aktivierende versus kompensatorische Integrationsmaßnahmen: das „Wie“ der ressourcenorientierten Integrationspolitik

In den 1980er und 1990er Jahren war die Verbreitung des Potenzialansatzes sehr gering. Teilweise konnte man diese Sichtweise auf die Integration im Feld der kommunalen Sozialarbeit finden. Bedingt durch das professionelle Selbstverständnis der deutschen Sozialpädagogik war die soziale Arbeit mit Zuwanderern vom Diskurs des Verstehens und sich Verständigens bestimmt. Deshalb hielt man Zuwanderer hier eher für gleichberechtigte Gesprächspartner als in anderen Integrationsbereichen. Gleichzeitig agierte aber auch die kommunale Sozialarbeit im Kontext eines konservativen politischen Integrationsverständnisses: Zuwanderer sollten sich an die Mehrheit angleichen; sie wären dann hauptsächlich durch die üblichen sozialen Sicherungssysteme des deutschen Wohlfahrtsstaates inkludiert, Sozialpolitik



habe dann lediglich die Exkludierten im Fokus, die es nicht geschafft haben. Vor dem Hintergrund dieses Integrationsverständnisses tendierte die kommunale soziale Arbeit dazu, von dem bedürftigen, armen, sprachlosen Zuwanderer zu sprechen. Denn die Betonung des Problematischen und des Defizitären diente der eigenen Legitimation, welche für die Fortsetzung der Maßnahmenförderung und schließlich für das eigene professionelle Fortbestehen im Integrationsfeld unabdingbar war.

Der Wandel von einem alle Lebensbereiche umfassenden zu einem schmalen Wohlfahrtsstaat, der vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre für die Öffentlichkeit sichtbar wurde, führte zu einem Wandel der Integrationsdebatte. Just in dieser Zeit fing man an, von Integrationspotenzialen zu sprechen, die in den Zuwanderern stecken. Vor diesem Hintergrund hatte auch die soziale Arbeit mit Zuwanderern das Motto des neuen Wohlfahrtsstaates – Fördern und Fordern – aufgenommen und damit das konservative Integrationsverständnis abgelegt. Von da an setzte sie hauptsächlich auf aktivierende Integrationsangebote, wobei der Fokus insbesondere auf dem Bereich der sozialräumlichen Integration lag.

Aktivierende Integrationsangebote halten heute auch in diejenigen Integrationsbereiche Einzug, welche aus sachlich nachvollziehbaren Gründen jahrelang auf die Kompensation der Zuwandererdefizite gerichtet waren. Ein solcher Bereich ist die Förderung der deutschen Sprache. Da Zuwanderer am Anfang ihres Aufenthaltes der deutschen Sprache in der Regel nicht mächtig sind, stellt die fehlende Sprachkompetenz eines ihrer zentralen Defizite dar. Die Verbesserung der Sprachkompetenz ist deshalb ein grundlegendes Integrationsziel und eine Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe in den Kernbereichen der Gesellschaft, wie etwa auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem oder in der Politik. Zum Ausgleich der Sprachdefizite werden seit 2005 bundesweit verteilte und vom Bund finanzierte Sprachkurse angeboten. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit bieten auch Kommunen Sprachförderung an. Interessanterweise geht die kommunale Sprachförderung heute nicht primär von den Defiziten der Zuwanderer aus, sondern will mit eigenen Sprachförderangeboten – sei es die bilinguale Erziehung in den Kindergärten oder Konversationskurse für weibliche Zuwanderer mit einem nachrangigen Arbeitsmarktzugang – Potenziale dieser spezifischen Zielgruppen aktivieren.

Im Folgenden wird anhand der Handlungsfelder Sprachförderung und sozialräumliche Integration ein Überblick über aktivierende Integrationsangebote in Kommunen gegeben. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich um eine rein exemplarische Zusammenstellung handelt, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Repräsentativität hat.

## Aktivierende Angebote: Sprachförderung und sozialräumliche Integration

Aktivierende Integrationsarbeit lässt sich im Wesentlichen durch drei Aspekte charakterisieren: Zum einen geht es um die Akti-

vierung der einzelnen Bürger für die Integrationsarbeit. Dabei hat die Gewinnung von Personen aus den Zuwanderergruppen eine große Bedeutung (Kunz/Vandamme 2005). Auf der Ebene gesellschaftlicher Gruppierungen geht es zweitens darum, kollektive Akteure, wie beispielsweise Organisationen oder Vereine, für die Integrationsarbeit zu gewinnen und in entsprechende Kooperationsbeziehungen oder kommunale Netzwerke einzubeziehen. Selbstorganisationen von Zuwanderern sollten dabei ermutigt werden, sich für die Integrationsförderung einzusetzen. Mit den ersten beiden Aspekten unmittelbar verbunden ist der dritte Bereich der Aktivierung, die interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft und ihrer Institutionen. Dabei wird angenommen, dass das Engagement der Zuwanderer nur dann gelingen kann, wenn die Ressourcen der Zuwanderer in der Aufnahmegesellschaft anerkannt und tatsächlich genutzt werden. Anhand dieser drei Aspekte wird im Weiteren ein Überblick über aktivierende Integrationsprojekte in den kommunalen Handlungsfeldern Sprachförderung und sozialräumliche Integration gegeben.

## Sprachförderung

Die Sprachförderung ist ein wesentlicher Bereich der Integrationsförderung. Wie bereits erwähnt, sind soziale, schulische und berufliche Teilhabe nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen möglich. Sprachförderung stellt traditionell ein kompensatorisches Handlungsfeld dar. Dennoch gibt es auch hier Projektkonzepte, welche auf aktivierende Elemente im oben erläuterten Sinne setzen.

Im Bereich der Aktivierung der Bürger kann beispielsweise das Projekt „Sprachpaten“ angeführt werden. Hier werden neu zugewanderte Kinder, Jugendliche sowie deren Eltern beim Erwerb und im Umgang mit der deutschen Sprache durch ehrenamtliche Paten unterstützt. Auch im Bereich der vorschulischen Sprachförderung gibt es vermehrt Ansätze, die eine aktive Beteiligung von Personen aus der Zielgruppe der Zuwanderer vorsehen. So werden bei „Frühstart“, einem Projekt zur Deutschförderung und Elternbildung in Kindertagesstätten, ehrenamtliche Elternbegleiter mit Migrationshintergrund eingesetzt, um Eltern in Fragen des kindlichen Spracherwerbs sowie Bildungs- und Erziehungsfragen zu beraten. Auch Hausbesuchsprogramme, wie das international verbreitete vorschulische Förderprogramm HIPPY [Home Instruction Program for Parents of Preschool Youngsters] oder das aus den Niederlanden stammende Programm „Opstapje“, setzen auf die Einbindung geschulter Hausbesucherinnen aus der Zielgruppe. Sie besuchen Familien mit demselben kulturellen Hintergrund und weisen die Eltern in Aktivitäten ein, mit denen sie die Kinder in ihrer sprachlichen und allgemeinen Entwicklung fördern können. Neben der Weiterqualifizierung der Hausbesucherinnen wird so ein wichtiger Beitrag zur Selbsthilfe geleistet.

Aktivierung bezieht sich zudem auf die Beteiligung und Förderung des Engagements gesellschaftlicher Gruppierungen. Zuwandererorganisationen werden bei einigen Projekten in die



Durchführung von Angeboten einbezogen. Beispielsweise wurde die Umsetzung des vorschulischen Hausbesuchsprogramms „Lemma – Lernen mit Mama“ durch einen türkischen Verein unterstützt (vgl. Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration 2004: 323). Allerdings bleibt die Beteiligung der Selbstorganisationen von Zuwanderern an der kommunalen Sprachförderung relativ begrenzt. Dies betrifft jedoch nicht spezifisch das Handlungsfeld Sprachförderung, sondern hängt mit dem Umstand zusammen, dass Selbstorganisationen von Zuwanderern bisher eher als Organisationen zur Pflege der Herkunftskultur und viel weniger als gesellschaftliche Integrationsakteure angesehen wurden. Deshalb haben sie sich traditionell in Form von ethnischen Kulturclubs oder religiösen Vereinen etabliert. Es bedarf einiger Anstrengungen und Zeit, bis die Zuwandererorganisationen ihre Arbeit effektiv auf öffentliche Teilhabe und hiermit auf das Handlungsfeld Integration umstellen.

Der dritte Aspekt von Aktivierung betrifft die interkulturelle Öffnung im Dienstleistungssektor. Im Bereich der kommunalen Sprachförderung zählen hierzu auch Kindergärten und Kindertagesstätten. Einige Kommunen setzten dabei auf Konzepte zur zweisprachigen Erziehung. In Projekten mit Vorlesepaten kommen ehrenamtliche Kräfte beispielsweise in den Kindergarten, um den Kindern auf Deutsch, aber auch in den Herkunftssprachen vorzulesen. Kindern mit Migrationshintergrund wird damit die Wertschätzung ihrer Mehrsprachigkeit vermittelt. Zudem eröffnen solche Angebote den Zuwanderern die Möglichkeit einer sinnvollen gesellschaftlichen Partizipation. Für viele Migranten wird freiwilliges Engagement auch zur Brücke in die bezahlte Erwerbsarbeit. Beispielsweise können sie dazu motiviert werden, eine Berufsausbildung zu beginnen.

## Sozialräumliche Integration

Stadtteilorientierung gehört seit einer längeren Zeit zum festen Bestandteil kommunaler Sozial- und Integrationspolitik. Dort sind auch Projekte unter Beteiligung der Bewohner sowie der gesellschaftlichen Gruppierungen keine Seltenheit. Aktivierende Ansätze liegen zu großen Teilen den Maßnahmen zugrunde, die auf eine Aufwertung des physischen Wohnumfeldes abzielen oder die soziale Einbindung von Zuwanderern im Stadtteil fördern. In vielen Projekten des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ wird eine Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen durch die Aktivierung der Bewohner erreicht. So werden Stadtteilbewohner beispielsweise auf Mietertreffen zunächst nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen befragt, aktiv in den Entscheidungsprozess einbezogen und am praktischen Aufwertungsprozess des Wohnumfeldes beteiligt. Auch Projekte, die zum Ziel haben, mithilfe einer Kontakt- und Begegnungsstätte im Stadtteil die soziale Integration und den kulturellen Austausch zu fördern, lassen Zuwandererfamilien aus dem Stadtteil beim Aufbau und der Bewirtschaftung solcher Treffs aktiv mitwirken.

In vielen Städten entstanden aus Stadtteilinitiativen heraus oder durch die Entscheidung der Kommune Bürgerhäuser sowie

Kultur- oder Bildungseinrichtungen. Neben kompensatorischen Weiterbildungsangeboten, wie beispielsweise Sprach- oder Computerkursen, bieten diese Einrichtungen die Möglichkeit der aktiven Bürgerbeteiligung und des interkulturellen Austauschs. Die städtischen Kulturläden in Nürnberg sind ein Beispiel hierfür. Das Angebotsspektrum reicht von Sprach- und Integrationskursen, Sprechstunden sozialer Dienste über diverse Treffmöglichkeiten bis zu Kulturveranstaltungen von Zuwanderervereinen oder von Künstlern aus den Herkunftsländern. Kulturläden bieten damit nicht nur Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement, sondern geben den Zuwanderern eine Art Plattform, um auf ihre kulturellen Besonderheiten aufmerksam zu machen und ihre sozialen Fertigkeiten gesellschaftlich einzubringen. Damit tragen sie zur interkulturellen Öffnung des Stadtteils bei. Auch bieten diese Stadtteilhäuser Neuzuwanderern einen ersten Anlaufpunkt.

Für Neuzuwanderer werden in vielen Städten und Gemeinden zudem Paten- oder Integrationslotsenprogramme angeboten. Dahinter steht die Idee, dass bereits länger in Deutschland lebende Migranten aufgrund ihrer Erfahrungen und Deutschkenntnisse Neuzuwanderern bei der ersten Orientierung und dem Einleben behilflich sein können. „Gemeinsam leben in Biebrich – Patenschaften im Stadtteil“ ist ein solches Angebot der Stadt Wiesbaden. Ehrenamtlich tätige Paten mit und ohne Migrationshintergrund werden geschult, um die zugewanderten Stadtteilbewohner durch Exkursionen beim Kennenlernen ihres Wohnbezirks und dessen Angeboten zu unterstützen. Andere Programme sehen darüber hinaus eine Begleitung der Neuzuwanderer bei Behördengängen oder Arztbesuchen durch die Integrationslotsen vor. Ein ähnliches Konzept liegt dem Nürnberger Projekt „Südstadtkids“ zugrunde. Hier werden Jugendliche aus sozial benachteiligten Zuwandererfamilien zu Multiplikatoren und Vermittlern. Auf der Basis einer entsprechenden Ausbildung entwickeln sie Stadttealführungen, veranstalten interkulturelle Elternabende und vertreten ihre Generation im Stadtviertel.

## Fazit – kommunale Integrationsarbeit mit und für Zuwanderer

Integration ist in den Kommunen zu einem bedeutenden Politikfeld geworden. Viele Städte und Gemeinden haben eigene Integrationskonzepte verabschiedet. In diesem Rahmen haben sie ihr Verständnis von Integration konkretisiert. Integrationskonzepte dienen darüber hinaus auch der Orientierung für das praktische Handeln der Kommunen. Vor dem Hintergrund der zurückgehenden wohlfahrtsstaatlichen Absicherung gewinnt eine aktivierende Sozialpolitik allgemein an Bedeutung, was auch auf den Bereich der Integration zutrifft. Aktivierung lässt sich in Bezug auf konkrete Integrationsangebote der Kommunen als den Einbezug gesellschaftlicher Gruppierungen, die Motivierung einzelner Bürger und die interkulturelle Öffnung der aufnehmenden Gesellschaft sowie deren Institutionen fassen. Integration ist ein Thema, das die Gesamtgesellschaft betrifft.



Insbesondere auf kommunaler Ebene sollten alle Einwohner zur aktiven Partizipation an den Integrationsmaßnahmen motiviert werden. Engagement von Zuwanderern soll in den Kommunen jedoch eine besondere Stellung einnehmen, denn Integrationsakteure, welche Zuwanderer – sei es als Moderatoren, Lotsen, Vermittler oder hauptamtliche Projektverantwortliche – in die praktische Arbeit einbeziehen, können Zielgruppen erreichen, die von den rein kompensatorischen Integrationsangeboten kaum angesprochen werden können.

Tatjana Baraulina

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungsteams im Fachbereich „Weltweite Migration, Islamwissenschaftliche Aspekte der Migrations- und Integrationsforschung“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg

Lena Friedrich

Doktorandin im Doktorenprogramm des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg

### Quellen:

Bade, K. (1990): Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland, Hannover.

Baraulina, T. (2007): Integration und interkulturelle Konzepte in Kommunen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/23, S. 26–32.

Bommes, M. (1996): Migration, Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat – kommunale Probleme in föderalen Systemen. In: Bade, K. (Hrsg.): Migration – Ethnizität – Konflikt, Osnabrück, S. 213–251.

Kunz, T./Vandamme, R. (2005): Integration durch Engagement – Engagement durch Integration. In: Migration und Soziale Arbeit 1/2005, S. 11–14.

Der Landrat Hochsauerlandkreis (2006): Integrationsbericht, <http://www.hochsauerlandkreis.de/FDB/Dokumente/Integrationsbericht.999.pdf>

Stadt Heilbronn (2007): Integrationsbericht der Stadt Heilbronn, [http://www.heilbronn.de/ord\\_soz/auslaender/integrationsbericht/\\_files/Integrationsbericht.pdf](http://www.heilbronn.de/ord_soz/auslaender/integrationsbericht/_files/Integrationsbericht.pdf)

Stadt Aachen (2006): Integrationskonzept der Stadt Aachen, [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/gesellschaft\\_soziales/integration/dokumente/integrationskonzept\\_stadt\\_aachen.pdf](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/integration/dokumente/integrationskonzept_stadt_aachen.pdf)

Landeshauptstadt Erfurt (2006): Integrationsbericht. Integration fördern – Zukunft gestalten. Grundlagen zur Integration von Migranten in der Landeshauptstadt Erfurt, <http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/sv/veroeffent/auslaender/24735.shtml>

Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (2004): Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Berlin.

Weitere Informationen zu den vorgestellten Angeboten und Projekten:

Sprach- und Orientierungskurse (Integrationskurse) und Projektförderung des Bundes: <http://www.integration-in-deutschland.de>

Sprachpaten: <http://www.sprachpaten.de/>

Frühstart: <http://www.projekt-fruehstart.de/>

HIPPY: <http://www.hippy-deutschland.de/>

Opstapje: <http://www.opstapje.de/>

Vorlesepaten: <http://www.stuttgart.de/stadtbuecherei/druck/fachtexte/lesebruecke.pdf>

Projekte mit sozialräumlichem Bezug: <http://www.sozialestadt.de>

Kulturläden Nürnberg: „Gemeinsam leben in Biebrich – Patenschaften im Stadtteil“: [http://www.sozialministerium.hessen.de/irj/HSM\\_Internet?cid=a509a25b994e069d1b4879d4a78d2671](http://www.sozialministerium.hessen.de/irj/HSM_Internet?cid=a509a25b994e069d1b4879d4a78d2671)

Südstadtkids Nürnberg: <http://www.suedstadtkids.de>

## Renaissance der Stadtzentren als Wohnstandorte – Chancen und Potenziale für die Stärkung der Innenstädte durch Urbanität und Wohnqualität

**Montag, 26. November 2007  
in Bremen (BG073011)**

Was ist dran an der viel beschworenen Renaissance der Innenstädte? Ist sie Realität oder planerisches Wunschdenken? Gibt es die „Zauberformeln für die Innenstadt“? Bietet der Stadtbau nicht die idealen Rahmenbedingungen, neben der Anpassung der Wohnungsbestände an die Nachfrage auch den oftmals gravierenden Funktionsverlust der Stadtzentren zu beheben?

Durch „Schrumpfen von außen nach innen“ könnten vor diesem Hintergrund „zwei Fliegen mit einer Klappe“ gefangen werden, nur:

- Welche Anforderungen bestehen an das Wohnen in der Innenstadt?
- Welche Nachfrage nach Lage und Bautyp besteht in innerstädtischen Lagen?
- Welche Schwierigkeiten bestehen bei der Umsetzung der Planungen?
- Sind „Stadhäuser“ die Lösung beim Import randstädtischer Qualitäten in die Innenstadt?
- Wie kann das Instrumentarium des BauGB durch Stadtentwicklungsgesellschaften auf PPP-Grundlage erweitert werden?

Das Seminar wird neben vielfältigen Erfahrungsberichten auch Antworten auf die Probleme der Umsetzung planerischer Zielvorstellungen geben.

### Referenten:

**Dr. Henning Budelmann**

Leiter des Stadtplanungsamtes Bremerhaven

**Dr. Frank Jost**

vhw-Bundesgeschäftsstelle, Berlin

**Jan Kuhnert**

EWS – Entwicklungsgesellschaft Wilhelmshaven

**Michael Sachs**

SAGA Siedlungs- Aktiengesellschaft Hamburg/GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, Hamburg

### Veranstaltungsort:

Best Western Hotel zur Post  
Bahnhofsplatz 11  
28195 Bremen  
Tel.: 0421/30590

### Teilnahmegebühren:

250,- € (für Mitglieder des vhw)  
315,- € (für Nichtmitglieder)

Weitere Informationen und Anmeldung unter 030/39047324 oder [www.vhw.de](http://www.vhw.de)